

# Die Probleme des Patronats

Das Parlament befasst sich heute mit dem Thema Wettbewerbsfähigkeit



„Menschen aus Fleisch und Blut“: Der Mittelstand fühlt sich missverstanden. An die Politik ging gestern der Aufruf, endlich zu handeln.

(FOTO: GUY JALLAY)

**Luxemburg.** Die Fédération des artisans hatte zur Solidaritätskundgebung vor das Parlamentsgebäude gerufen, und die Unternehmer waren dem Aufruf ihrer Dachorganisation in Massen gefolgt. Rund 700 Mittelständler (nach Angaben der Veranstalter) taten gestern ihren Unmut über die steigenden Lohnnebenkosten, den hohen Verwaltungsaufwand und die Obstruktionshaltung der Gewerkschaften kund. An die Politik erging der Aufruf, die notwendigen Reformen nicht länger zu verschleppen, damit das Land nicht weiter an Wettbewerbsvorteilen verliert. „Sie waren ein Premier von Format in den Jahren, als

das Geld mit vollen Händen ausgegeben wurde. Nun gilt es, in schlechten Zeiten Größe zu beweisen, um den künftigen Generationen eine Zukunft zu verschaffen und den Unternehmen neue Perspektiven aufzuzeigen“, sagte der Präsident des Handwerksverbands, Norbert Geisen, in seiner Ansprache auf dem Vorplatz der Abgeordnetenversammlung. An Parlamentspräsident Laurent Mosar überreichten die Verbandsfunktionäre eine Petition mit 2 087 Unterschriften, in der unter anderem mäßige Lohnnebenkosten gefordert werden.

Heute Nachmittag steht die Wettbewerbsfähigkeit auf der Ta-

gesordnung im Parlament. Die CSV-Fraktion hatte einen Meinungsaustausch über das 65-Punkte-Programm von Wirtschaftsminister Jeannot Krecké beantragt. Im Mittelpunkt dürfte wiederum die Indexfrage stehen. An der Frage, ob zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Anpassungen am System der automatischen Lohnanpassung vorgenommen werden sollen, waren Ende April die Tripartite-Verhandlungen gescheitert. Im Herbst will die Regierung eine neue Verhandlungsrunde wagen. Den Christlich-Sozialen auf Krautmarkt wäre es lieber, die Koalition könne sich schneller auf Maßnahmen einigen.

Dies betonte deren Vorsitzender Jean-Louis Schiltz gestern Morgen vor der Presse. Zum 1. Juli sollen die Löhne und Gehälter um 2,5 Prozent steigen, um die Inflation auszugleichen. Die liberale Opposition hat sich gestern dafür ausgesprochen, diese Indexbranche auszusetzen, um den Unternehmen kurzfristig in Krisenzeiten zu helfen. Auch sollten Erdölprodukte nicht mehr im Indexwarenkorb berücksichtigt werden, forderte die DP. Der sozialistische Koalitionspartner der CSV lehnte bislang jede Anpassung am Indexsystem ab. (jm/LZB)